

N i e d e r s c h r i f t

über die am 17.06.2014 stattgefundene 25. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung im Sitzungszimmer des Rathauses der Gemeinde Weinbach

Beginn: 19.30 Uhr **Ende:** 21.25 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: **15**

A n w e s e n d w a r e n :

a) Stimmberechtigt:

Appl, Thomas, Vorsitzender
Bücher, Hans-Joachim
Ketter, Friedhelm
Schmidt, Jochen
Dienst, Stefan
Weil, Thomas
Bördner, Heinz
Klapper, Eric
Schultheis, Rüdiger

Entschuldigt fehlten:

Hainz, Jochen
Pabst, Heinz Josef

Unentschuldigt fehlte:

Bauer, Lars
Schulz, Udo
Volz, Bernd-Rainer
Uhlig, Thomas

b) nicht stimmberechtigt (Gemeindevorstand):

Sprenger, Thorsten, Bürgermeister
Gelbert, Norbert

c) als Schriftführer:

Schmidt, Dirk

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 06.06.2014 auf Dienstag, den 17.06.2014, um 19.30 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren am 10.06.2014 im Weilburger Tageblatt öffentlich bekannt gemacht worden.

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung zur Sitzung
2. Budgetbericht zum 31.03.2014;
hier: Kenntnisnahme der Gemeindevertretung
3. Aufstellungsbeschluss für den Jahresabschluss 2013 gemäß § 112 Abs. 9 HGO;
hier: Kenntnisnahme der Gemeindevertretung
4. Jahresabschluss 2011;
hier: a) Beratung und Beschlussfassung
b) Entlastung des Gemeindevorstandes
5. Neufassung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Weinbach;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
6. Haushaltsgenehmigung 2014
7. 1. Nachtragssatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Weinbach vom 19.12.2013;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
8. Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED und Auswirkung der Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung;
hier: Bericht
9. Umsetzung der geplanten EKVO Maßnahmen;
hier: Sachstand
10. Anpassung der Kindergartengebühren;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
11. Hortbetreuung der Schulkinder in Weinbach;
hier: Sachstand
12. Errichtung eines Windparks in Blessenbach; Abschluss von Pachtverträgen;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
13. Verleihung der silbernen Ehrenmedaille der Gemeinde Weinbach an Frau Ulrike Geis;
hier: Beschluss der Gemeindevertretung
14. Änderung Flächennutzungsplan Grube Schottenbach;
hier: Aufstellungsbeschluss der Gemeindevertretung
15. Bebauungsplan Grube Schottenbach;
hier: Aufstellungsbeschluss der Gemeindevertretung
16. Bericht des Gemeindevorstandes

TOP 1:

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter, die Mitglieder des Gemeindevorstandes, die Mitarbeiterin des Weilburger Tageblatts sowie die Zuschauer. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er bittet die Tagesordnung umzustellen und zunächst die Punkte 2-5 sowie 8-13 zu behandeln. TOP 6 und 7 sollen gegebenenfalls nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung behandelt werden. Die TOPs 14 und 15 werden abgesetzt, da es eine neue Sachlage hierzu gebe. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

TOP 2:

Der Budgetbericht zum 31.03.2014 wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung verteilt. Der Haupt- und Finanzausschuss hat diesen in seiner Sitzung am 20.05.2014 beraten und zur Kenntnis genommen. Er empfiehlt der Gemeindevertretung den Budgetbericht zum 31.03.2014 ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen.

Die Gemeindevertretung nimmt den Budgetbericht zum 31.03.2014 einstimmig zur Kenntnis.

TOP 3:

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Heinz Bördner berichtet zu den Beratungen zum Aufstellungsbeschluss des Gemeindevorstandes für den Jahresabschluss 2013. Es hat sich eine erfreuliche Ergebnisverbesserung eingestellt. Derzeit wird der Jahresabschluss 2013 durch den Sonderdienst Revision geprüft. Erhebliche Prüfungsfeststellungen wurden bislang nicht getroffen.

Die Gemeindevertretung nimmt den Aufstellungsbeschluss des Gemeindevorstandes zum Jahresabschluss 2013 einstimmig zur Kenntnis.

TOP 4:

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Heinz Bördner berichtet zu den Beratungen zum Jahresabschluss 2011 im Ausschuss. Es hat sich eine deutliche Ergebnisverbesserung um 334.000 € ergeben, so dass der Fehlbetrag auf 882.000 € reduziert werden konnte. Für den Fehlbetrag sind insbesondere die hohen Abschreibungen verantwortlich. Trotz Anhebung der Steuersätze ist ein Haushaltsausgleich nicht abzusehen. Heinz Bördner geht auf die Prüfungsfeststellungen und die Stellungnahme der Gemeinde ein. Der Sonderdienst Revision erteilt der Gemeinde Weinbach den uneingeschränkten Prüfungsvermerk.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung bei einer Gegenstimme den Jahresabschluss 2011 zu beschließen und dem Gemeindevorstand Entlastung zu erteilen.

Die Gemeindevertretung beschließt sodann mehrheitlich den Jahresabschluss 2011.

Abstimmungsergebnis: dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

Anschließend erteilt die Gemeindevertretung dem Gemeindevorstand einstimmig die Entlastung.

Abstimmungsergebnis: dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

TOP 5:

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Heinz Bördner berichtet zu den Beratungen zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Weinbach. Er geht hierbei insbesondere auf die Entschädigungszahlungen an die Ortsvorsteher ein. Die bisherigen Sätze stammen noch aus Zeiten, in denen die Ortsvorsteher noch Verwaltungsaufgaben übernommen haben. Dies ist inzwischen nicht mehr der Fall. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Verabschiedung der Neufassung der Entschädigungssatzung, wobei die Ortsvorsteher einheitlich und unabhängig von der Einwohnerzahl eine monatliche Entschädigung von 40,00 € erhalten sollen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung Thomas Appl beantragt einen einheitlichen Entschädigungsbetrag für die Ortsvorsteher von 20,00 € monatlich sowie eine gleich hohe Pauschale für die Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Gemeindevertretung. Er verweist auf andere Gemeinden und den auch für diese Funktionen sich ergebenden erhöhten Aufwand.

Die CDU-Fraktion führt aus, dass sie nicht für eine monatliche Pauschale für die Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Gemeindevertretung ist und den Betrag für die Ortsvorsteher von 40,00 € als angemessen ansieht.

Die Gemeindevertretung stimmt sodann zunächst über den Antrag von Thomas Appl ab. Dieser wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: dafür: 4 dagegen: 4 Enthaltungen: 1

Sodann stimmt die Gemeindevertretung über die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses ab und nimmt diesen mehrheitlich an

Abstimmungsergebnis: dafür: 4 dagegen: 3 Enthaltungen: 2

TOP 10:

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung Thomas Appl führt in die Thematik der Kindergartengebühren ein und konkretisiert die Problemlage. Die Kirchenvorstände seien bereit, die Gebühren zum 01.08.2014 um 10,00 € und zum 01.08.2015 um 5,00 € anzuheben. Die Gemeinde sieht eine Erhöhung der Gebühren um 30,00 €, gegebenenfalls in zwei Schritten, als notwendig an. Die beiden Kindertagesstätten Weinbach und Gräveneck müssten gleichbehandelt werden.

Bürgermeister Sprenger legt Vergleichszahlen anderer Kommunen sowie Vergleichszahlen zur Kostenentwicklung vor. Danach sind die Elternbeiträge seit 2007 konstant geblieben, der Gemeindeanteil ist um bis zu 70% angestiegen. Er verweist auf kircheninterne Regelungen, nach denen die Kirchenvorstände den Kommunen die Festsetzung der Beiträge überlassen sollen, wenn keine Einigung erzielt werde. Er geht auf die Hintergründe fehlender laufender Anpassungen ein und benennt Wechsel im Kirchenvorstand Weinbach sowie die Sanierung der Kindertagesstätte „Arche Noah“.

Heinz Bördner weist auf die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses hin, die Elternbeiträge um 30,00 € monatlich anzuheben. Dies soll in zwei Schritten erfolgen.

Für die CDU-Fraktion führt Jochen Schmidt aus, dass die Kostenregelungen grundsätzlich Sache des Kirchenvorstandes sei. Der Kindergartenhaushalt werde ausschließlich durch den Kirchenvorstand beschlossen. Dem Kindergartenausschuss komme lediglich eine beratende Funktion zu. Die Gemeinde habe letztlich keine Möglichkeit, bereits angesprochene Kostensenkungen durchzusetzen. Sie müsse die von der Kirche angeforderten Beträge zahlen. Trotz Kostenanteilsteigerungen von 70 % seien die Vorschläge der Gemeinde zurückgewiesen worden. Die Gemeinde sei durchaus bereit, für Kinder Geld aufzuwenden – siehe die Sanierung der Kindertagesstätte „Arche Noah“ –, die Beitragserhöhung sei aber unumgänglich. Schmidt bedauert, dass keine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte.

Für die SPD-Fraktion führt Friedhelm Ketter aus, dass man sich von einer 1/3 Lösung weit entfernt habe. Die Beteiligung der Eltern sei nötig. Man müsse auch berücksichtigen, dass sieben Jahre bewusst Erhöhungen nicht vorgenommen wurden. Die sozialen Komponenten in der Beitragsgestaltung sollen ausdrücklich erhalten bleiben.

Die FWG-Fraktion schließt sich den Ausführungen an und fordert eine Umsetzung durch den Kirchenvorstand.

Rüdiger Schultheis führt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, dass die Thematik der Gebühren auf eine andere Ebene gehört. Die Erziehung von Kindergarten bis zur Universität sollte kostenfrei sein. Das Land Hessen sei hier in der Pflicht. Dann würden sich auch extreme Unterschiede zwischen naheliegenden Kommunen nicht ergeben.

Der Gemeindevertreter Hans Joachim Bücher ergänzt, dass das Land Hessen die Kommunen zu kostendeckenden Gebühren, z.B. beim Abwasser erpressen würde. Zu den unterschiedlichen Gebühren bei den Kindertagesstätten schwiegen das Land und der Landkreis. Die Standards würden durch das Land Hessen erhöht und führten zu höheren Kosten, z.B. beim Personal. Nun komme eine Erpressung „von unten“ hinzu. Die Auffassung der Gemeinde müsse in die weiteren Gespräche mit den Kirchenvorständen eingebracht werden.

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses beschließt die Gemeindevertretung einstimmig, die Gebühren für die Kindertagesstätten in Weinbach und Gräveneck zum 01.08.2014 um 15,00 € und zum 01.01.2015 um weiter 15,00 € anzuheben. Sie beauftragt den Gemeindevorstand, diesen Beschluss gegenüber den beteiligten Kirchenvorständen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

TOP 11:

Bürgermeister Sprenger berichtet zum Arbeitskreis „Hortbetreuung“. Man befinde sich auf dem Weg zur Vereinsgründung. Ein Vorstand stehe in Aussicht. Die Vereinssatzung sei erarbeitet und ein Kostenplan aufgestellt. Die Arbeit soll zum 01.09.2014 aufgenommen werden. Weiter Informationen will er in der Sitzung der Gemeindevertretung im Juli 2014 geben.

TOP 12:

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Heinz Bördner berichtet zum Thema „Windpark in Blessenbach“ von der Vorstellung des Projekts im Rahmen einer Ortsbeiratssitzung in Blessenbach. Es sei kein Widerstand gegen das Projekt aus Weinbach zu erkennen gewesen.

Bürgermeister Sprenger führt aus, dass die Projektenwickler der EAM aufgrund der verauslagten Kosten für die Windmessung und das avifaunistische Gutachten ein Signal der Gemeinde benötigen, dass diese grundsätzlich einverstanden ist, auf Gemeindegrund Windkraftanlagen zu errichten. Dazu sollen Vertragsverhandlungen geführt werden. Eine Beteiligungsoption für die Gemeinde und die Bürger soll vorgesehen werden.

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand, der EAM zu signalisieren, dass die Gemeinde bereit ist, mit dem Unternehmen Vertragsverhandlungen zu führen. Der Vertragsentwurf ist der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

TOP 13:

Der Gemeindevorstand schlägt vor, vor Frau Ulrike Geis für ihre 30-jährige Vorstandsarbeit die silberne Ehrenmedaille der Gemeinde Weinbach zu verleihen.

Da die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind, stimmt die Gemeindevertretung dem Vorschlag des Gemeindevorstands einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung unterbricht die Sitzung von 20.20Uhr bis 20.35 Uhr.

TOP 14:

abgesetzt

TOP 15:

abgesetzt

TOP 6:

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Heinz Bördner berichtet zu den Beratungen zur Haushaltsgenehmigung 2014. Im genehmigten Haushaltssicherungskonzept 2013 hat die Gemeinde einen Fahrplan zur Erhebung kostendeckender Abwassergebühren bis zum 1. Dezember 2016 festgelegt. Eine Bitte der Gemeinde gegenüber der Kommunalaufsicht, die stufenweise Anpassung der Gebühren beizubehalten, brachte keinen Erfolg. Der Haupt- und Finanzausschuss hat keinen Beschlussvorschlag gefasst.

Für die CDU-Fraktion führt Jochen Schmidt aus, dass gegebenenfalls aufgrund eines Schreibens von ihm an den Innenminister von dort die Haushaltsgenehmigung der Gemeinde angefordert wurde und dies nun Ursache für die strikte Haltung des Kreises sei. Er erkundigt sich, inwieweit die Zuschussrückzahlung bei den Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung bei Überschreitung der Ausführungsfristen geklärt sei.

Bürgermeister Sprenger verliert seinen Aktenvermerk zum Telefonat mit dem zuständigen Referatsleiter, Herr Gräfe, im Ministerium. Aufgrund der positiven Stellungnahme des RP Gießen rät dieser, die Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung zügig umzusetzen. Eine Entscheidung habe er aber nicht treffen wollen.

Jochen Schmidt führt weiter aus, dass sich die Gemeinde, wenn die Erhöhung der Abwassergebühren nicht vorgenommen werde, die Aufstellung eines Haushaltes für das Jahr 2015 sparen kann, da dieser auch nicht genehmigt würde. Die CDU-Fraktion werde für die Erhöhung stimmen, da die weitere vorläufige Haushaltsführung für die Gemeinde, die Vereine und Bürger die schlechtere Entscheidung gegenüber der Anpassung der Abwassergebühren darstelle.

Rüdiger Schultheis befürchtet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass in der Zukunft Weisungen zur Erhöhung der Eintrittspreise im Freibad oder zur Erhebung kostendeckender Gebühren bei den Kindertagesstätten erfolgen. Er sieht für die Gemeinde keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr. Politische Entscheidungen würden von der Kommunalaufsicht getroffen.

Für die SPD-Fraktion geht Friedhelm Ketter nochmals darauf ein, dass die Gemeinde einen Weg zu kostendeckenden Gebühren aufgezeigt hat. Die kommunale Selbstverwaltung werde ausgehöhlt. Die Gemeinde säße in einer Zwickmühle und habe die Folgen zu tragen. Er vermutet, dass das Land Hessen die Einnahmen vor Ort erhöhen will, um seine Leistungen im Zuge der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs niedrig zu halten.

Für die FWG-Fraktion spricht Heinz Bördner von einer unbefriedigenden Situation. Die entstehenden Verluste bei einer Gebührenunterdeckung seien seit dem Jahre 2013 als Verluste für eine neue Kalkulation vorzutragen. Ohne Haushalt sei die Gemeinde handlungsunfähig. Die FWG-Fraktion werde die Erhöhung der Abwassergebühren mittragen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 7 dagegen: 2 Enthaltungen: 0

TOP 7:

Die Gemeindevertretung beschließt aufgrund der Diskussionen zu TOP 6 sodann über den vorliegenden Entwurf der 1. Nachtragssatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Weinbach vom 19.12.2013. Danach steigt die Gebühr pro Kubikmeter Abwasser um 0,85 € von 3,99 € auf 4,84 €. Die Satzung wird mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 7 dagegen: 2 Enthaltungen: 0

TOP 8:

Dirk Schmidt berichtet über den, Abschluss des Projektes zur Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED sowie über die durch die Nachtabschaltung eingetretenen Einsparungen. Des Weiteren habe der Gemeindevorstand beschlossen, die Dämmerungsschalter „schärfer“ stellen zu lassen und in den Sommermonaten die Straßenbeleuchtung um 5 Uhr nicht wieder einzuschalten. Der Bericht liegt dem Protokoll bei. Die Gemeindevertretung nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

TOP 9:

Zum Sachstand zur Umsetzung der Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung verweist Bürgermeister Sprenger auf seine Ausführungen zu TOP 6. Dirk Schmidt ergänzt, dass die Vorarbeiten weiter fortschreiten. Nach der Vorstellung der Planungen im Rahmen einer Arbeitssitzung der Gemeindevertretung wurden Kanalbefahrungen durchgeführt. Nun stehen die Bürgerversammlungen und die Vorbereitung des Leistungsverzeichnisses an.

TOP 16:

Bürgermeister Sprenger berichtet über die Arbeit im Gemeindevorstand über/zum/zur

- Rückkauf der EAM durch die Kommunen. Das Unternehmen habe einen Wert von 900 Mio. Euro. Für Beraterkosten seien 2 Mio. Euro veranschlagt. Dies sei deutlich günstiger als bei Bauvorhaben-deren Nebenkosten werden üblicherweise mit 5% veranschlagt. Die Kosten würden durch die EAM vorfinanziert. Bei einer Beteiligung werden die Kosten über die Ausschüttungen getragen, ansonsten über eine Verrechnung mit der Konzessionsabgabe.
- Einführung einer zusätzlichen SMS –Alarmierung für die FFW
- ein Durchfahrtsverbot für Busse in der Schulstraße
- ein Halteverbot in der Grävener Straße
- ein Anschreiben der Eltern von Jugendlichen wegen des Abfalls an der Bushaltestelle in Weinbach
- den vorgesehenen Zuschuss an den Burgverein
- Pflege des Ehrenmals in Blossenbach; diese ist Sache des Eigentümers, also der Kirche
- die Abrechnungsproblematik der Dorfgemeinschaftshäusern, wenn Vor- und Nachbereitungstage in Anspruch genommen werden
- Verpachtung des Freibad-Kiosks und der Übernahme der Küche

- Herrichtung von behindertengerechten Zugängen an den Dorfgemeinschaftshäusern Blessenbach und Gräveneck auf Initiative des Ortsbeirats und Durchführung durch den Bauhof
- Tonnagebegrenzung am Hainweg
- Entscheidung, Wildkameras nicht generell zu verbieten
- Entscheidung, die durch Vandalismus immer wieder zerstörten Glasscheiben an den Bushaltestellen nicht wieder zu ersetzen
- den Abriss der Rübenwäsche in Edelsberg
- Entscheidung, im Jahr 2015 keinen neuen Azubi einstellen zu wollen
- die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst; die Personalkostensteigerungen müssten durch den Haushalt gedeckt sein.
- Gewährung eines Zuschusses für die Ferienspiele an den ASW
- Einrichtung einer zentralen Kleiderkammer für die Feuerwehren
- Übernahme der Kosten für die Versorgung der Hilfskräfte am Weiltagssonntag
- den Vorgesehenen Verkauf von Gewerbegrundstücken
- Baumfällungen an der Wüstung in Gräveneck
- den Antrag des Ortsbeirats Fürfurt zur Renovierung der Wohnungen unter Ansatz realistischer Kosten. Sprenger verweist auf den Beschluss der Gemeindevertretung, nur die öffentlichen Räume zu sanieren und die durch ein Architekturbüro unter starker Beteiligung des Ortsbeirats vorgenommene Kostenschätzung mit anschließender Ablehnung der Maßnahme durch die Gemeindevertretung. Er könne den Antrag nicht nachvollziehen.
- die Anträge auf Auszahlung der Jagdpachtanteile durch einzelne Grundstückseigentümer. Das Geld fehle der Gemeinde für die Unterhaltung der Feldwege.

(Thomas Appl)
Vorsitzender der
Gemeindevertretung

(Dirk Schmidt)
Schriftführer